



Seite 8+9

From Protest to Rebellion

Seite 6

Festival contre le racisme vorbei

Gleichstellung für Alle

Neuer Name – gleich bleibendes Engagement: Das Frauenbüro der Ruhr-Universität benennt sich in Gleichstellungsbüro um. Vor 13 Jahren hat das Frauenbüro an der Ruhr-Universität seine Arbeit aufgenommen. Zu dieser Zeit wurde „Gleichstellung“ noch „Frauenförderung“ genannt, deren Umsetzung eine gewählte „Frauenbeauftragte“ unterstützen sollte.

Die Bezeichnung „Frauenbeauftragte“ wurde schon vor einigen Jahren – so z.B. im Landesgleichstellungsgesetz – durch die der „Gleichstellungsbeauftragten“ ersetzt. Das Frauenbüro hat nun beschlossen sich in „Gleichstellungsbüro“ umzubenennen, um zum einen dieser offiziellen Bezeichnung und zum anderen auch der sich verändernden Ausrichtung von Gleichstellungspolitik Rechnung zu tragen. „Gleichstellung ist heute mehr als Frauenförderung: Sie wird als Querschnittsaufgabe der Universität begriffen und begegnet Ungleichheiten mit einer Reihe struktureller Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen“ beschreibt Masha Gerding, Gleichstellungsbeauftragte und Leiterin des Gleichstellungsbüros, diese Veränderungen. Allerdings betont sie: „Frauenförderung ist nach wie vor ein maßgeblicher Bestandteil von Gleichstellungspolitik. Und auch wenn der Name sie nicht mehr direkt adressiert: Das Gleichstellungsbüro wird auch weiterhin zentrale Anlaufstelle für alle Frauen hier an der Ruhr-Uni bleiben und auch unser Serviceangebot wird sich, wie bisher, vorrangig an Frauen richten.“

Das Gleichstellungsbüro unterstützt die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten und berät und unterstützt StudentInnen, WissenschaftlerInnen und Angestellte in ihren vielfältigen Belangen. Zudem werden jedes Semester Weiterbildungsangebote veranstaltet. Das Bera-

tungsangebot erstreckt sich z.B. auf Stipendienmöglichkeiten, Vereinbarkeit von Beruf bzw. Studium und Familie und arbeitsrechtliche Fragen. Tatkräftige Unterstützung erhalten die Frauen in Fällen von Mobbing und sexueller Diskriminierung. Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen werden z.B. zu den Themen Rhetorik, Stipendien, Promotion und Alterssicherung angeboten. Zudem gibt das Gleichstellungsbüro diverse Broschüren, sowie die „RUBERTA!“ und das semesterlich erscheinende „Fraueninfo/Frauenvorlesungsverzeichnis“ heraus. Die vollständige Umstellung auf den neuen Namen und das neue Logo im öffentlichen Auftritt des Gleichstellungsbüros wird voraussichtlich noch bis zum Ende des Semesters (Mitte Juli) andauern.

Kontakt und Rückfragen:
Gleichstellungsbüro/Bereich Öffentlichkeitsarbeit Kristin Schwierz
Tel.: 0234-32-28388 / 0234-32-27837
Gleichstellungsbuero@rub.de

Studierende schlagen Polizei

Spaßige Protestaktionen gibt es ja wie Sand am Meer. Aber was den Studierenden der FH Frankfurt am vergangenen Donnerstag gelang ist besonders schön. Es kam zu einer Auseinandersetzung mit der Polizei. Aber nicht gewaltsam, sondern auf dem Fußballplatz. Aber die Wahrheit scheint dort liegen geblieben zu sein, denn wie immer wurde man sich nach dem Spiel nicht ganz über das Ergebnis einig. Die Polizei gestand zwar ein verloren zu haben, gab als Ergebnis aber lediglich eine 2:1-Niederlage zu, während der AStA der FH Frankfurt von einem 3:1 spricht.

AStA Homepage wieder Online

Was lange währt, wird endlich gut oder so ähnlich, jedenfalls ist die neue Homepage des AStA inzwischen erreichbar. Es hat leider etwas länger gedauert als von allen Beteiligten erhofft, zumindest ist sie aber jetzt wieder hübsch, funktional und barrierefrei. Zu finden wie gehabt unter www.asta-bochum.de/

U-Bahn Telefon

Wie die BOGESTRA mitteilt kann man seit kurzem auch in Teilen der U-Bahn Tunnel in Bochum mit dem Handy telefonieren. Hat sich die WM doch auch für Bochum gelohnt, oder?

Impressum

Herausgeber: AStA der Ruhr Universität Bochum – der Vorstand: Martin Degeling, Oliver Hein, Lukas Gödde, Stefanie Konetzka, Gerard Mbenda, Matthias Thome.

Redaktion dieser Ausgabe: Jessica Börner (jbö), Sven Hennebach (Benz), Julia Kämpken (jkae), Daniel Kloda (dek), Ana Elena Martinez (aem), Kay Reif (OK), Ralf Seipel (RRR), Ava Amira Weis (aw)

V.i.S.d.P.: Daniel Kloda; Anschrift siehe unten

Layout: Anselm Röser
Bildnachweis: S.1: M31 (Andromeda) in Infrarot vom Spitzer aus; S.6,8,10: photocase.de

Auflage/Druck: 3.000 Stück, Eigendruck

Anschrift: bsz, c/o AStA der RUB, Studierendenhaus Raum o81, 44780 Bochum

Fon/Fax: 0234-32-26712 / 0234-32-16900

E-Mail: bsz@rub.de

internet: www.rub.de/bsz/

Aufruf zur Demonstration

Gemeinsam sind wir unkürzbar!

In NRW wird es beginnen. Eine Woche vor dem geplanten gemeinsamen bundesweiten Protest von Studierenden gegen Studiengebühren und all die anderen Gemeinheiten, die sich PolitikerInnen in letzter Zeit haben einfallen lassen wird es am 21.06.06 ab 13 Uhr am Düsseldorfer Hauptbahnhof zur landesweiten Großdemonstration kommen. Die bsz dokumentiert hier den Aufruf dazu.

Ein Jahr schwarz gelb in NRW ist rum und wir sind stinksauer! Die Politik der Landesregierung geht an den Bedürfnissen der Menschen in NRW vollständig vorbei. Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich und eine einseitige Orientierung an den

Interessen der Wirtschaft verstärken soziale Ungleichheit und sind deshalb nicht hinnehmbar!

Das neue Schulgesetz in NRW beschneidet die Partizipationsmöglichkeiten der SchülerInnen und verschärft die soziale Selektion im Schulsystem. Nach wie vor hängt die Zukunft eines Kindes vom Geldbeutel der Eltern ab. Die Einführung von Studiengebühren von Beginn des Studiums an führt diese Logik nah los fort. Das außerdem geplante „Hochschulfreiheitsgesetz“ wird dazu führen, dass sich Hochschulen maßgeblich an den Vorgaben der Wirtschaft orientieren. Damit steht die Freiheit von Forschung und Lehre auf dem Spiel. Und das ist längst nicht alles! Kürzungen bei Hartz IV, fehlende Ausbildungsplät-

ze, die Arbeitsbedingungen des Klinik- und Hochschulpersonals, Streichungen in der Jugendarbeit zeigen, dass es überall brennt! Wir wollen gemeinsam und konstruktiv an der Gestaltung der Zukunft arbeiten – die schwarz-gelbe Landesregierung hat gezeigt, dass sie diese Fähigkeit nicht hat. Die Zukunft eines Menschen in NRW ist immer noch abhängig von sozialer Lage, Herkunft, Alter und Geschlecht! Wir brauchen stattdessen in Deutschland ein Bildungssystem, das den Grundsätzen der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit verpflichtet ist. Das ist eine Aufgabe, die wir gemeinsam erreichen können, denn: Zusammen sind wir unkürzbar!

☐ Protestkomitee

Leben in der WM-Stadt

Zwischen Ekel und Begeisterung

Schlaf? Kenn ich nicht! Seit der Fußball und damit die Fans meine Stadt erobert haben ist an ein geregeltes Leben nicht mehr zu denken. Fangesänge in allen Sprachen schallen in das Zimmer, Hupkonzerte und Polizeisirenen geben dafür die Hintergrundmusik.

Am Bahnhof läuft man auf die Südkurve zu und man wird belehrt: „You never walk alone“. Beim Bäcker gibt es nur noch Weltmeisterbrötchen und Fußballamerikaner. Ekelhaft wird es aber erst, wenn man durch eben dieses Backwerk gemischt mit einer Menge Dortmunder Bier in ausgekotteter Form läuft, weil den Fans die Sonne auf dem Fanfest auf dem Friedensplatz zu sehr ins Gehirn geschienen hat. Abstoßend sind auch englische Fans, die im Westpark „Get down here, you fucking cunt“ - brüllend im Delirium die mitgereisten und abhanden gekommenen Freunde suchen und von al-

len anwesenden in die falsche Richtung geschickt werden.

Also, was tun? Mitfeiern! Abgesehen von den ganzen Kritikpunkten wie Kommerzialisierung des Fußballs und dem Aufkommen eines gefährlichen Nationalgefühls in Deutschland ist das Spiel immer noch das Wichtigste an der Veranstaltung namens WM. Und die Leute, die auf Dortmunds Straßen feiern sehen dies zum größten Teil genauso. Warum also nicht einfach raus auf die Straße, vor die Großleinwand und sich am Spiel und an den Leuten und der Freude am Spiel erfreuen und neue Freundschaften schließen? Am meisten freue ich mich dabei auf die Polizei. Wenn beim Halbfinale in Dortmund Deutschland auf England trifft muss ich mich unbedingt von einem englischen Bobby verprügeln lassen. Diese haben nämlich teilweise Hoheitsgewalten übertragen bekommen.

Ein Problem des Feierns ist allerdings, dass die Vorbereitung auf die kommenden Klausuren und Prüfungen erschwert wird. Dazu muss ich mir dann wohl oder übel ein paar Tage mit uninteressanten Spielen aussuchen und in der Bibliothek verschwinden. Dies hätte den Vorteil, dass ich mir auch mal wieder unbeobachtet in der Nase Popeln könnte, da ich endlich nicht mehr videoüberwacht wäre.

Insgesamt könnte man jetzt sagen, ich sei auf die entmündigenden Phänomene der Massenpsychologie hereingefallen und würde meine extreme Linke Haltung für ein wenig Spaß opfern. Aber mache ich das dann nicht auch auf jedem Punkkonzert, wenn ich nicht nur auf die Texte höre, sondern auch zur Musik abgehe?

☐ OK

Weite, kleine Welt

meinprof.de

Es gibt viele Ding, die den Studis das Leben verschönern – wie etwa die Cafeten oder das Bahnticket. In unserer Informationsgesellschaft trägt natürlich auch das Internet etwas dazu bei. Die bsz hat zwei solcher Seiten, nämlich meinprof.de und studiverzeichnis.com, schon mal für euch getestet.

Die Homepage meinprof.de ist ein studentisches Bewertungsportal für Dozenten. Sortiert nach Unis und Fachhochschulen sind es hier die Profs in ihren einzelnen Lehrveranstaltungen, die Noten erhalten. In insgesamt acht Kategorien kann meist zwischen sehr gut und sehr schlecht abgestimmt werden, wer mag schreibt auch einen Kommentar dazu.

Die Seite wird von der studentischen IT-Beratung Juniter betrieben und feiert nach eigenen Angaben ihre 100 000 Bewertung seit ihrem sechsmonatigem Bestehen. Seit der Einführung einer Registrierungspflicht haben sich 16 000 StudentInnen angemeldet. Der Sinn dieser Seite besteht darin, KomilitonInnen über Erfahrungen zu informieren und so Tipps zur Kurswahl zu geben. Auch SchülerInnen können sich einen Überblick über die Qualität der Lehre und Dozenten an ihrer Wunschuni verschaffen.

Navigation

Soweit, sogut. Doch funktioniert die Bewertung? Können die Ziele umgesetzt werden? Ohne Anmeldung können erstmal nur die Bewertungen eingesehen werden. Fluchs den Nick, email und Passwort eingegeben, Account aktiviert

und los geht's. Doch Achtung - hier liegt eine Schwachstelle des Systems: Woher wissen die MacherInnen, das der/die UserIn auch tatsächlich diese Kurse besucht hat? In den FAQs wird diese Frage angesprochen, leider nur mit der Bitte auffällige Bewertungen per Kontaktformular zu melden. Schließlich bleibt es an dem/der NutzerIn die Kommentare genau zu lesen und sich nicht zu sehr manipulieren zu lassen.

Auf meinprof.de navigiert man über die interaktive Karte in die einzelnen Bundesländer und Universitäten, die Ruhr-Uni führt die NRW-List mit fast 3000 Bewertungen und 330 ProfessorInnen an. Nach Fakultäten aufgelistet können im nächsten

hen werden, mit einer Kurzübersicht über die erreichte Prozentzahl, Bewertungszahl, Durchschnittsnote und Teilen den Kommentars und den acht einzelnen Kriterien. Klickt man sich zu dem besuchten Kurs durch, oder legt einen Neuen an, wird der Dozent nach Fairness, Unterstützung, Material, Verständlichkeit, Spaß, Interesse- Barometer und dem Aufwand bewertet, sowie eine Kursempfehlung abgeben oder nicht. Ab sieben Bewertungen wird eine Durchschnittsnote errechnet, was jedoch in einigen Kursen noch nicht erreicht ist.

Leider klappt die Feinaufteilung der Fakultäten noch nicht ganz, ein Beispiel: Die Profs der Geowissenschaften werden nicht in ihrem eigenen Verzeichnis geführt, sondern in der Übergruppe Naturwissenschaften.

Und die Profs?

Auch den ProfessorInnen wird die Möglichkeit der Kommunikation geboten, beleidigende oder sachlich falsche Angaben sind laut Nutzungsbedingungen verboten. Per eMail können die Vorlesenden ihre Meinung zum Kurs oder den Kommentaren abgeben. Sie können sogar selbst ihre Kurse zur Bewertung einstellen. In Zukunft soll sogar per Passwortverteilung eine kursinterne Bewertungsplattform geboten werden. Ob bösartige DozentInnen über die Nicks versuchen könnten, ihren TeilnehmerInnen einen Strick aus ihren Bewertungen zu drehen ist noch nicht bekannt. Zur Sicherheit wäre ein namensfremder Spitzname vorbeugend. Eingegen würde es bestimmt nicht schaden, die Bewertungen auf meinprof.de einmal zu lesen...



Schritt auch die Dozenten in alphabetischer Reihenfolge eingese-

✉ jkae

Da simma dabei, das is prima

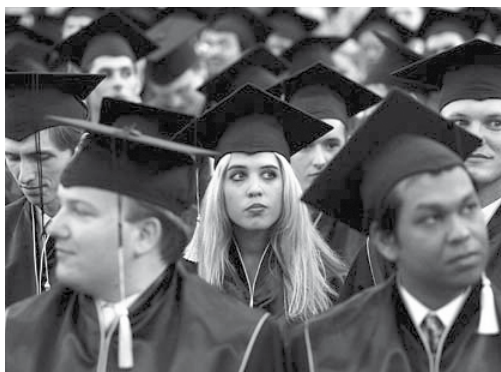
Viva Bachelor!

Der Widerstand gegen den Bachelor schwindet immer mehr. Plötzlich kann es vielen Hochschulen nicht schnell genug gehen, den neuen Studienabschluss einzuführen.

Es ist knapp ein Jahr her, da musste Dieter Lenzen, Präsident der Freien Universität Berlin, mitten durchs Sperrfeuer der Kritik. DozentInnen zogen in ihren Vorlesungen an vielen Universitäten über den vermeintlichen Reformunsinn her, Erstsemesterinnen maulten über das Kurs-Chaos, und dann funktionierte auch noch diese neue Benotungssoftware nicht. Das ganze Theater entstand, weil plötzlich die Angst aufkam, altbewehrtes loszulassen. Bis vor wenigen Semestern schien es nahezu ausgeschlossen, dass ein solcher

Totalumbau aller Studiengänge, oder man könnte auch sagen, die größte Hochschulreform der vergangenen Jahrzehnte, tatsächlich bis 2010 abgeschlossen sein könnte. Doch Lenzen hat sich durchgesetzt: schon 2007, drei Jahre eher werden nur noch europaweit gültige Bachelor-Masterprogramme an der FU Berlin neu aufgenommen. Dadurch soll ein Studium vergleichbarer, internationaler, wettbewerbsfähiger auf dem globalen Markt werden. Den meisten Arbeitgebern sind die neuen Titel ein Begriff und das längst nicht mehr nur bei großen Konzernen, sondern auch in vielen mittelständischen Unternehmen schon immer mehr etabliert. Es gab in diesem Zuge sogar Initiativen wie „Bachelor welcome“, sogenannte Werbemaßnahmen für die neuen Studienabschlüsse. Die Prognosen für den Arbeitsmarkt sind jedoch noch nicht greifbar, auch wenn erste Tendenzen durch die neu entstandene Flexibilität der kombinierbaren Studiengänge durchaus positiv im ers-

ten Quartal 2006 ausgefallen sind. Fast alle Fakultäten der Ruhr Universität Bochum haben schon längst gestufte Studiengänge als Regelstudiengang eingeführt. Im Juni 1999 unterzeichneten 29 europäische Bildungsminister die Bologna-Erklärung. Die Minister bekräftigten in der Bologna-Erklärung ihre Absicht, folgende Punkte umzusetzen: die Schaffung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, auch durch die Einfüh-



rung des Diplomzusatzes (Diploma Supplement) die Schaffung eines zweistufigen Systems von Studienabschlüssen (undergraduate/graduate, Bachelor und Master) die Einführung eines Leistungspunktesystems (Credit Points) und Modularisierung Qualitätssicherung der Hochschul-Ausbildung durch Akkreditierung der Studiengänge. Am Ende Ihres Studiums erhalten Sie zusätzlich zum Abschlusszeugnis ein so genanntes Diploma Supplement, das über die tatsächlich besuchten Veranstaltungen wie auch über die individuell gewählten Studienschwerpunkte Aufschluss gibt („Transcript of Records“). Auch potentiellen Arbeitgeberinnen können Sie dadurch leicht die im Rahmen Ihres Studiums erworbenen Kenntnisse verdeutlichen. Das Diploma Supplement wird sowohl zum Bachelor-Examen als auch zum Master-Examen ausgestellt. Seit der Nachfolgekonzferenz in Berlin im September 2003 sind über 40 europäische Länder daran beteiligt.

Um 3800 Bachelor- sowie Masterprogramme gibt es derzeit und das ist erst der Anfang. Auch das durch die Verkürzung der Lehrzeit somit mehr oder minder ein Schmalspur-Abschluss kreiert worden ist, wird immer mehr widerlegt. Kritiker verstummen, oder haben aufgegeben. Der DAAD jedoch kritisiert den krassen Widerspruch der von Bund und Länder ausgeht, der gerade die Staatsexamenfächer nur zögerlich umstellt. Der Staat macht gerade hier bei neu Einstellungen große Zicken, da er nur Leute mit Master einstellt. So ist ein Jura Bachelor oder Lehrer Bachelor im Moment noch undenkbar. Der Wert der Berufsqualifizierung und des Regelabschlusses, bleibt dem Master vorbehalten.

Bessere Jobchancen?

Die Berufsaussichten in den Geisteswissenschaften sind tendenziell besser als noch mit dem Magister. Durch das innovative Angebot und die Möglichkeit an verschiedenen Kombinationen sollen Studentinnen besser im Joballtag integriert werden können. Durch die internationale Mobilität sind laut Prognosen 42% der Masterstudenten in Deutschland aus dem Ausland, dass sei eine sensationell gute Quote. Auch ist die Anzahl von Studentinnen die zunehmend mehr Auslandssemester absolvieren gestiegen. Das ist genau das Ziel des Bologna Abkommen. Leider muss man in diesem Zuge auch erwähnen, dass die Erfahrung vieler Studentinnen eher frustrierend an ihren Heimat Unis ist, wenn es um die Anrechnung von absolvierten Auslandskursen geht. Die Eigenwilligkeit vieler Professoren ist anscheinend stärker als das neue Abkommen mit dem Transfer der Kreditpunkte. Da kann man nur hoffen, dass die Erbsenzählerei langsam aber sicher ausstirbt.

☐ aem

Das festival contre le racisme in NRW

Eine Kampagne kommt voran

Aus bescheidenen Anfängen entwickelt sich die Kampagne festival contre le racisme zu einem bundesweit wahrnehmbaren Forum, auf dem StudentInnenenschaften gemeinsam mit Verbündeten gegen Rassismus der extremen Rechten Stellung beziehen. Denn „Wissenschaft braucht eine offene Gesellschaft, die frei ist von Rassismus und den Ideen der extremen Rechten“ – wie es in dem Aufruf der bundesweiten studentischen Interessenvertretung fzs zum festival 2006 heißt. Und nicht alle StudentInnen sind weiß und deutsch, viele sind schlicht und einfach betroffen von Rassismus

In diesem Jahr beteiligten sich Initiativen und StudentInnenvertretungen aus insgesamt 17 Hochschulstandorten an der Kampagne

und ein benachteiligender Umgang mit Flüchtlingen und MigrantInnen im Alltag.

Ob Ost, ob West, ob OWL

An der Technischen Universität Dresden reichte das Spektrum der Veranstaltungen dabei von „Infoständen gegen Rassismus und für Solidarität“ an denen „kulturelles und Kulinarisches aus aller Welt“ angeboten wurden und Vorträge über die NPD im sächsischen Landtag bis hin zu einer Vorführung des Films „Dienstleistung Fluchthilfe“, der das Bild vom verbrecherischen Schleuser hinterfragt. Das örtliche Studentenwerk machte den Hochschulangehörigen das festival schmackhaft, indem es die ganze Woche „Bunte Speisen aus aller Welt in der Neuen Mensa“ verabreichte. An der RWTH Aachen ergriffen Fachschaften ge-

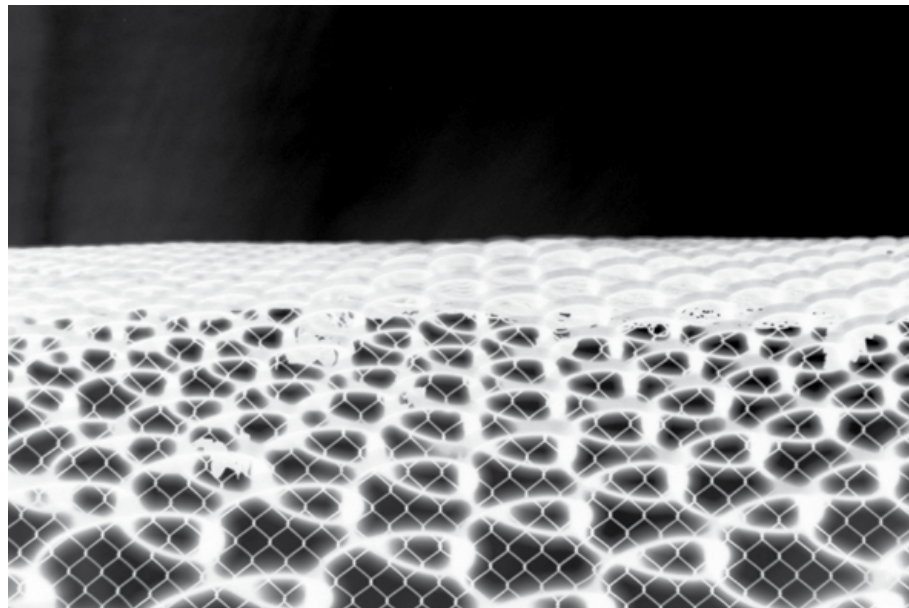
Umdenken in der europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik“. Durch Film- und Vortragsveranstaltungen wurde auf die Repression der belarussischen Regierung gegen oppositionelle StudentInnen aufmerksam gemacht.

Ein „schöner Erfolg“ in Dortmund

Im Geltungsbereich des RUB-Semestertickets nahmen sich der AStA der Fachhochschule Düsseldorf und in Dortmund der AStA der Uni gemeinsam mit dem „Forum gegen Rassismus“ und unterstützt vom AStA der FH Dortmund des festivals an. Die Bilanz der Aktiven fällt dabei durchweg positiv aus. „Das ‘Festival contre le racisme’ am Campus der Universität Dortmund war ein schöner Erfolg“ teilte etwa das Dortmunder Forum gegen Rassismus der Öffentlichkeit mit. Als „Besonders gelungen“ bezeichnete Hagen Dorgathen vom Forum die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“, gemeinsam erstellt von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten und der Gewerkschaft IG Metall. Nach Auskunft des Forum stieß sie auf großes Interesse bei den BesucherInnen der Uni-Bibliothek.

Das Forum gegen Rassismus war zum zweiten mal an der Durchführung des festival in Dortmund beteiligt und setzt

auf die Etablierung antirassistischer Positionen auf dem Dortmunder Campus nach der gelungenen Woche. „Wir gehen davon aus, dass wir mit dem Festival einen guten Anfang gemacht haben, und fühlen uns ermutigt, um für das Thema Rassismus und Diskriminierung am Campus zu sensibilisieren“, sagt Hagen Dorgathen.



und traten mit Kultur und Informationsveranstaltungen gegen rechts-extreme Übergriffe, wie den auf den jungen Wissenschaftler Ermyas M. in Potsdam am diesjährigen Ostermontag und die Hürden ein, mit denen ausländische StudentInnen sich ständig konfrontiert sehen und die deutschen StudentInnen unbekannt sind. Etwa eine diskriminierende AusländerInnengesetzgebung

meinsam mit dem Frauenprojekt an den Aachener Hochschulen die Initiative zum festival contre le racisme und informierten über Migration und Zwangsprostitution sowie über die extreme Rechte in der Region. An der Universität Bielefeld wiesen StudentInnen mit Aktionstheater auf die Hürden hin, denen Menschen von außerhalb Europas begegnen und forderten „ein komplettes

Naziaufmarsch verhindern!

Der AStA der FH Düsseldorf ist vor allem stolz auf die Spannweite seiner Veranstaltungen: „Neben den Bildungsveranstaltungen wurden auch die kulturellen Ansprüche der Gäste aufs Beste bedient. So entstand eine gute Mischung, bei der für jeden etwas dabei war“, so Adriane Mehmetaj vom AStA-Vorstand der FH Düsseldorf. Sie verweist auf die zahlreichen „Aha-Effekte“, die das große Spektrum von wissenschaftlichen und kulturellen Veranstaltungen zu den Themen Rassismus und Faschismus bei den Besucherinnen und Besuchern erzielte. Bestätigt sieht sich die StudentInnenvertretung auch durch den von Nazis für den 3. Juni angekündigten und im Ansatz auch durchgeführten Aufmarsch in Düsseldorf: „Natürlich ist es auch notwendig, Neonazis deutlich zu machen, dass sie in Düsseldorf und überall sonst

unwillkommen sind. Daher enthielt unser Festival auch einen so genannten „Praxisteil“, meint dazu Thomas Kremer vom AStA-Vorstand. Am 3. Juni bot eine AStA-Informationsbörse zum „festival“ am Worringer Platz den Gästen die Möglichkeit, unmittelbar an der Demonstrationstrecke der Neonazis ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen.

Mobilität ist ein Recht – kein Privileg

Auf einem Treffen des fzs-eigenen „ak-antifa“ am 4. Juni zeigten sich die Antifa-AktivistInnen des bundesweiten studentischen Dachverbandes erfreut über die wachsende Beteiligung an der Kampagne und der Spannweite der Veranstaltungen an den Hochschulstandorten. Und begannen mit den Vorbereitungen für das festival contre le racisme 2007. Dieses soll sich, die

Zustimmung der zuständigen fzs-Gremien vorausgesetzt, für Mobilität als ein Recht und gegen die sogenannte Residenzpflicht richten, eine nur in Deutschland praktizierte Beschränkung der Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen, von Asylsuchenden und Geduldeten auf eine Stadt oder einen Landkreis, manchmal auch ein Bundesland. Wollen sie diesen Bereich verlassen, müssen sie zuvor eine schriftliche Erlaubnis der Behörden erbitten. Der Verstoß gegen die Residenzpflicht wird mit einem Bußgeld bestraft, im Wiederholungsfall droht ein Strafverfahren. Flüchtlingsorganisationen fordern seit langem die Abschaffung der Residenzpflicht.

☐ Gerd Krauss

- Anzeige -



günstig kopieren?!

GB 02/Süd und GA 03/Nord

- geöffnet: mo-do 8-18.00h
- fr 8-15.30h

AStA-CopyShops

Setz dich nur auf's Gleis, wenn...

From Protest to Rebellion

Was vieles sicherlich nicht mehr sehen möchten ist, dass die Bildung symbolisch zu Grabe getragen oder mit einem Klingelbeutel durch die Innenstadt gezogen wird, um auf die dramatische Situation an den Hochschulen aufmerksam zu machen. Neue Protestformen und Ideen sind daher herzlich willkommen.

In NRW ist seit der Verabschiedung der Gebührengesetze durch den Landtag der „Häuserkampf“ angesagt. Viele Senatssitzungen bei denen DozentInnen die Einführung von allgemeinen Studiengebühren in der Höchstsumme von 500 Euro ab dem ersten Semester einführen wollten, wurden gesprengt und frühzeitig beendet. Nachdem das Gesetz zur Sicherung der Finanzierungsgerechtigkeit im Hochschulwesen (HFGG) und das Hochschulfreiheitsgesetz (HFG) in der vorlesungsfreien Zeit verabschiedet wurden, müssen nun die Studierenden das Sommersemester nutzen, um in die zu Offensive gelangen und einen machtvollen sowie phantasiereichen Protest auf die Beine stellen.

Allein machen sie dich ein

Dies wird aber nur dann gelingen, wenn die StudentInnen die Einführung von Studiengebühren als Teil der Kürzungen in vielen sozialen Bereichen wahrnehmen. Ob Praxisgebühr oder Studiengebühren, von der „Allgemeinheit“ finanzierte Leistungen – ärztliche Behandlung oder universitärer Unterricht – werden mit Hürden in Form von Zuzahlungen versehen, die für Reiche nun einmal leichter zu überwinden sind als für Arme. Gemeinsam ist Sozial- und Bildungsabbau auch das Ziel,

Risiken zu privatisieren. Wenn's mit dem Berufseinstieg nach dem Studium nicht so klappt, hat der Staat weniger Geld verloren.

Studiengebühren sind Ländersache?

In Hessen soll es ebenfalls ab dem 1. Semester Studiengebühren geben, ebenso wie in Niedersachsen, Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Die Vor-



schläge belaufen sich auf 500 bis 2400 Euro im Semester.

Der Gesetzesentwurf wird gerade erarbeitet. Die erste Lesung soll nach Informationen der Regierung im September stattfinden. In einer Lesung beraten die Parlamentarier über den vorgelegten Gesetzesentwurf. Nach der zweiten oder dritten Lesung wird über das Gesetz abgestimmt.

Die Studiengebühren sollen auf 500 festgesetzt werden. Diese 500 Euro stellen allerdings den minimalen Beitrag dar. Schnell muss wesentlich mehr gezahlt werden. So zahlen Studierende im Zweitstudium und im konsekutiven Masterstudiengang 1500 Euro pro Semester. Den gleichen Betrag müssen auch nicht EU-AusländerInnen zahlen. Folgt nach dem Masterstudium noch eine Promotion sind weitere Beiträge von bis zu 1500 Euro möglich. Zusätzlich müssen Langzeitstudierende Gebühren von 500 Euro bis 900 Euro zah-

len. Somit können Studiengebühren von bis zu 2400 Euro pro Semester, d.h. 4800 Euro pro Jahr anfallen.

Der Gesetzesentwurf in Hessen ist rassistisch. Im Gegensatz zu EU-BildungsinländerInnen müssen KommilitonInnen aus nicht EU-Ländern direkt 1500 Euro zahlen. Zudem dürfen sie keine Studienkredite aufnehmen. Bereits zuvor mussten sie einen Betrag von 7000 Euro inklusive des Betrages für ein Flugzeuggticket in ihr Heimatland auf ihre Sparkonten aufweisen. In Zukunft können also KommilitonInnen aus China oder afrikanischen Ländern nicht mehr in Hessen studieren und auch in den anderen Bundesländern verschärft sich ihre Situation.

Elite statt Bildung für alle

Die BefürworterInnen der Studiengebühren verweisen stetig darauf, dass die

StudentInnen nach dem Abschluss des Studiums zu den Besserverdienenden der Gesellschaft zählen würden. Sie heben hervor, dass Studium den eigenen Marktwert der StudentInnen erhöhe und ihnen Zugang zu verschiedenen angesehenen Positionen eröffne.

Dennoch können ProfessorInnen „überdurchschnittlich begabte“ Studierende von Studiengebühren befreien. Doch bleibt die Frage: Wer wird als „überdurchschnittlich begabt“ eingestuft? Welche Leistung wird anerkannt?

HochschulabsolventInnen gelangen nicht generell in gut bezahlte Positionen, vor allem wenn sie geisteswissenschaftliche Fächer mit sozialem Anspruch studieren. Wie die Statistiken der Agentur für Arbeit zeigen, sind auch AkademikerInnen unter den Hartz IV-EmpfängerInnen.

Folglich widersprechen sich die Landesregierungen und offenba-

ren, um was es ihnen wirklich geht: Die Herausbildung einer Elite, dessen Machtansprüche unangefochten bleiben und nicht durch eine breit angelegte Wissensgesellschaft hinterfragt wird.

Die Verschuldungsfalle

Für viele Studierende bedeuten die Einführung von Studiengebühren in Höhe von bis zu 4800 Euro pro Jahr eine riesige Verschuldungsgefahr, auf der sie nach dem Studium sitzen bleiben könnten. Vor allem junge Menschen aus finanziell schwachen Familien werden so von einem Studium abgeschreckt.

Zahlreiche StudentInnen mussten bereits bei der Einführung der „Langzeitgebühren“ in Höhe von 650 Euro ihr Studium abbrechen. Es ist eine bewusste Ignorierung der Tatsache von den Studiengebühren-BefürworterInnen, dass ein Teil der StudentInnen ihre Lebensgrundlagen, ihre Krankenversicherung, Bücher und Kleidung selbst finanzieren muss und sich dadurch das Studium verlängert. Mit dieser zusätzlichen Belastung in Form von Gebühren wird der Aufwand einen Abschluss des Studiums zu erlangen für diese Personengruppe nur durch die Einführung eines 48 Stunden Tages realisierbar.

Von Frankreich lernen

Das Beispiel der Bewegung für den Kündigungsschutz in Frankreich zeigt uns, dass Erfolge gegen die neoliberalen Angriffe möglich sind, wenn breite gesellschaftliche Verankerung und kämpferisch-entschlossenes Vorgehen zusammenkommen. Wenden wir das Blatt, kippen wir die „Gesetze gegen uns“

Sprengungen der Senatssitzungen und Besetzungen

Sprengungen der Senatssitzungen und Besetzungen der Rektorate an den Universitäten in Bochum, Köln,

Duisburg-Essen, Siegen, Münster und Marburg. In Köln besetzten Studierende die FDP-Zentrale. In Marburg blockierten StudentInnen die Autobahn. Die FH Fulda beschließt nach einer Vollversammlung den Streik. In Hamburg verbarrikadierten SchülerInnen und StudentInnen nach der Beschließung des neuen Schulgesetzes das Hauptgebäude der Universität von außen. Sie errichteten Straßenblockaden an verschiedenen Kreuzungen und behinderten den Verkehr.

Wie könnten solche Aktionen weitergeführt werden?

Wie könnten Räume an den Universitäten erschlossen werden, wo Studis die Gelegenheit erhalten, soziale, künstlerische oder politische Projekte auszustellen, zu organisieren und an Leinwänden zu zeigen, woran sie arbeiten?

Spontandemonstrationen und Flash-Mobs

In Gießen wurden gute Erfahrungen mit Spontandemonstrationen gesammelt. In Bonn statteten Studierende dem Rektorat kleine Besuche von einer Dauer bis zu zwei Stunden ab, auch Flash-Mobs genannt.

Demonstrationen

- Vor einer Demonstration könnte auch ein Trailer und Flugblätter für die AnwohnerInnen im Vorfeld erstellt werden, um diese zu informieren. Für die Vorführung eines Trailers kann eine fahrende Leinwand von einem Theater ausgeliehen werden, um den Film an verschiedenen Orten in der Innenstadt zu zeigen.
- Roll- bzw. Fahrraddemos sind schwerer kontrollierbar für die Polizei.
- Alternativ-Veranstaltungen in der Innenstadt oder in der Bahn ziehen Besucherinnen und Besucher an und bringen Sympathien in der Öffentlichkeit.

- Seifenblasen, Trommeln, Trillerpfeifen und Transparente mitbringen.
- Straßentheater, Pantomime auf besetzten Straßenkreuzungen vorführen, um der Demoleitung Stress mit der Polizei zu ersparen.
- Rechtzeitige Beendigung von Demonstrationen ist ein Muss.

Barrikaden-Stürmen

Ein erprobter Wettbewerb aus Hamburg, der einen gewissen Fun-Faktor birgt. Zwei Gruppen bauen Barrikaden innerhalb von einer halben Stunde auf, um sie anschließend zu erstürmen. Um die Wogen wieder zu glätten, wird eine gemeinsame Barrikade errichten.

Welche neuen Ideen und Vorschläge gibt es?

- PM-Kettenreaktion-Kampagne: Um die WM auszunutzen, könnte ein Bildungsball pressgewirksam von einem Ort zum anderen verschickt werden. Zuvor sollte eine Gruppe einen Fragenkatalog zum Thema Bildung erstellen, den die jeweiligen EmpfängerInnen beantworten müssen.
- Virtueller Sit-In bedeutet, auf eine Internetseite werden zeitgleich bis zu 10.000 Zugriffe gestartet, um diese lahm zu legen. Einwand: Auch finanziell schwache Unternehmen könnten einer derartigen Sit-In ausgesetzt werden und so einen erheblichen Schaden erleiden.
- Fußballspiele durch die Innenstadt erhaschen Aufmerksamkeit und bringen die Leute miteinander ins Gespräch. Zusätzlich sollten Infomaterialien parat stehen.
- Blockierungen in diversen Formen können einerseits eine Vielzahl von Menschen verärgern, andererseits auch Sympathien und Nachfragen auslösen.

☞ *attack campus*

Zum kapitalistischen Verhältnis von Arbeit und Reichtum

Alle brauchen Arbeit – viele finden keine. Man kann das für ein soziales Problem halten und sich vorstellen, ein „Bündnis für Arbeit“, staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, eine Senkung der Lohnnebenkosten, eine Streichung der Vermögenssteuer und eine Umverteilung des „knappen Guts“ Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung wären die passende Antwort. Über eine gewisse Absurdität muss man sich dabei allerdings hinwegsetzen: Wenn es nicht mehr soviel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist – warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit, und auch noch so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können?

Dass weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt diese Gleichung nicht?

Es liegt offensichtlich etwas anderes vor als eine „soziale Problemlage“; und jeder weiß auch was: Dass so viele Leute keine Arbeit finden, liegt an einem ökonomischen Problem. Arbeit unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, d.h. wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend einbringt; nicht genug Ertrag nämlich, um in der Konkurrenz zu bestehen. Wenn das so ist; wenn Arbeit nur stattfindet, solange sie rentabel ist, dann findet sie auch nur deswegen statt, weil sie einem Unternehmen Gelderträge verschafft: Rentabilität ist der ökonomische Zweck, für den sie stattfindet. Es soll gearbeitet werden; mit keinem anderen Ziel, als rentabel zu sein und Geld einzubringen; deswegen auch je mehr, um so besser. Am liebsten möchte man die ganze Welt versorgen.



Dieser kategorische Imperativ beherrscht die herrschenden Verhältnisse so total, dass alle Zeitgenossen ihm folgen müssen, um leben zu können, und – egal welche: – Arbeit brauchen. Und aus keinem anderen Grund unterbleibt sie dann auch, wenn sie nicht genügend Geld bringt; was offenbar gerade mit den Rentabilitätsfortschritten bei der Anwendung von Arbeit immer häufiger der Fall ist. Die ökonomische Zielsetzung, die in der Marktwirtschaft total bestimmend ist, ist offenkundig von der Art, dass sie mit sich selbst in Widerspruch gerät: Da ist die Menschheit dem Zwang unterworfen zu arbeiten, weil Arbeit Wert schafft und Unternehmen bereichert; und kaum kommt dieser Zirkus in Schwung, kollidiert er mit seinem eigenen Kriterium: dem Zwang, immer mehr Wert zu schaffen.

Mag ja sein, dass sich alle Welt an diese Verrücktheit gewöhnt hat und sie normal findet – immerhin, auch die kundigsten Experten und mächtigsten Verwalter dieses „Systems“ kommen bei der Frage ins Schleudern, ob nun eigentlich zuwenig gearbeitet wird, wenn 5 Millionen Arbeitslose in der Nation und zahllose Millionen auf dem Globus herumlungern, oder ob nicht doch zuviel gearbeitet wird, wenn die „wirtschaftliche Vernunft“ die Schließung der letzten Werften und Zechen gebietet. Tatsächlich scheint beides zugleich vorzuliegen: zuwenig, weil es beim Arbeiten doch um immer mehr Geld geht und dafür nie genug geschehen kann; zuviel, weil es beim Arbeiten doch um immer mehr Geldvermehrung geht und vor dieser Zwecksetzung viel Arbeit, die es gerade noch gebracht hat, versagt. Es hilft ja nichts, dass es „nun einmal“ so ist – es ist, höflich gesprochen, ein

wenig widersprüchlich, dieses „System“ der rentablen Arbeit.

Staat und Unternehmen können damit prächtig leben – sie organisieren die Arbeit ja so und profitieren von ihrer Rentabilität. Den systemeigenen Widerspruch, dass erstens unbedingt gearbeitet werden muss und deswegen zweitens nur sehr bedingt, das machen sie zu einem Problem derer, die erstens unbedingt Arbeit brauchen und zweitens ganz oft keine finden; und dann definieren sie die materiellen Probleme, die die Leute haben, als soziale Problemlage, die sie mit den bedürftigen Leuten haben.

Der Grund der Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, dass Arbeit nicht stattfindet, wenn sie nicht rentabel ist, sondern dass sie stattfindet, weil es um Rentabilität geht. Die soziale Gemeinschaft beginnt nicht damit, dass die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden, sondern besteht schon darin, dass sie Arbeit brauchen; dass sie dann noch nicht einmal sicher sein können, eine zu finden, folgt daraus von ganz allein.

Die Bedingungen, denen die Marktwirtschaft die Arbeit unterwirft, enthalten die wesentlichen Bestimmungen dieses Produktionsverhältnisses.

Im Zuge der Veranstaltung, die letzten Dienstag stattfand, gründete sich ein Arbeitskreis, Interessierte können sich unter dillmann-renate@t-online.de melden.

✉ Arian Schiffer-Nasserie

Mittwoch, 14. Juni

Gruppe roter Salon

...dann würde ja niemand mehr arbeiten! Konzeptionen und Entwürfe eines garantierten Grundeinkommens

Freie Uni Bochum, Querforum West, Ruhr-Uni, 16.00 Uhr

Donnerstag, 15. Juni

Ken und der Präsident

Theaterstück von und mit Jubril Sulaimon; Bhf. Langendreer, studio 108, 20.00 Uhr

Freitag, 16. Juni

Die andere Seite - Fotos aus dem Botanischen Garten der RUB

Ausstellung im alten Foyer des Tropenhauses bis 18. Juni
Referent: Michael Ostermann
11 Uhr s.t.

Samstag, 17. Juni

Die Spur der Wildziege - vom Ornament zum Leitmotiv. Ostgriechische Vasen des 7. und 6. Jhs. v. Chr. aus Sizilien und aus europäischen Sammlungen

Sonderausstellung bis einschließlich 15. Juli, Kunstsammlungen der Ruhr-Universität Bochum (gegenüber dem Audimax)

Studentische Protestkultur im Wandel politischer Strukturen

Die Proteste gegen Studiengebühren bestimmen inzwischen schon seit Jahren wieder die politische Landschaft der Studierenden. Für alle, die heute eingeschrieben sind, ist scheinbar klar, daß die Gebühreneinführung nur eine Frage der Zeit ist. Der Umgang mit dem Damoklesschwert könnte unterschiedlicher nicht sein. Der BSK lädt ein zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch, wie sich die politischen

Strukturen an den Hochschulen der vergangenen Jahrzehnte verändert haben und wie sich diese Veränderungen auf die Protestformen und -ziele auswirken.

Symposium des Bundesverbandes Studentischer Kulturarbeit e.V.
Soziales Zentrum, Rottstr. 31
14.00 Uhr

Montag, 19. Juni

Orgelkonzert: Lunchtime-Orgel

Audimax der Ruhr-Universität Bochum, Großer Saal, Studierende der Orgelklasse Prof. T. A. Nowak

Das 7. Forschungsrahmenprogramm der EU - Struktur und Inhalte

Senatsaal UV-Gebäude, 3. Etage Raum 310, Ruhr-Universität, Referent: Katrin Stratmann vom EU-Büro des BMBF



in Düsseldorf +++ Demonstration in Düsseldorf +++ Demonstration

Für gebührenfreie und demokratische Bildung

**Mittwoch 21.06.2006
13:00 Uhr HBF**

Senatssitzung Nachtrag

Instrumentelle Unvernunft

Eine verschwindende Minderheit kämpft an dieser Universität ums nackte Überleben: die ProfessorInnenschaft. Natürlich handelt sich nicht einfach um eine kleine Minderheit. Im Gegenteil! Im Senat der RUB hält diese Gruppe sogar die absolute Mehrheit und kann damit alle anderen Statusgruppen überstimmen.

Ihr Problem besteht vielmehr darin, daß sie im Schwinden begriffen ist. Dies schien jedenfalls den VertreterInnen der Profschaft in der letzten Senatssitzung schlagartig bewusst geworden zu sein, als dort das von der Landesregierung vorbereitete Hochschulfreiheitsgesetz (HFG) erörtert wurde. Denn dank der Tatsache, dass demgemäß künftig ein von Wirtschaftsvertretern dominierter Hochschulrat über Wohl und Wehe der Uni zu bescheiden hat, sehen

sich gerade Lehrende der Geisteswissenschaften mit einer drohenden Schließung ihrer Lehrstühle konfrontiert – sie produzieren eben keinen ernsthaft ökonomisch verwertbaren Output.

„Was also kann man jetzt noch gegen die fatale Wirkung des HFG ausrichten?“ fragte sich manch Dozent/-in im Senat. Ein ganz Schläuer warf laut ein, dass mit der Gesetzesklausel der Insolvenzmöglichkeit für Hochschulen eventuell bewusst die Abwicklung einzelner Hochschulen in Kauf genommen würden, und ob sich dies nicht sogar nachteilig auf die RUB auswirken könne.

ZuschauerInnen dieser denkwürdigen Sitzung konnten der professoralen Fraktion beim kollektiven Denkfaltenwerfen zuschauen und konstruktive Vorschläge wie diese bewundern: „Man sollte nochmal mit den Parteien darüber reden!“

oder „Ich kenne da einen Landtagsabgeordneten. Vielleicht kann der noch ein gutes Wort für uns einlegen.“

Schlimm, schlimm! Wie einsam und verlassen fühlten sich wohl diese Hochschullehrenden? Sahen sie doch schon die drohenden Gewitterwolken am Horizont aufziehen und sich mit ihrem Boot allein auf hoher See.

Zu dumm nur, dass sie in dem vorherigen Tagesordnungspunkt einen großen Anteil der Studierenden von Bord geworfen haben, indem sie per absoluter Mehrheit eine Kommission einsetzten, welche Studiengebühren satzungskonform ermöglichen soll. Das Ziel dieser Kommission ist es also, sich haargenau derjenigen Studis zu entledigen, die den ProfessorInnen höchste Solidarität gegen das HFG zukommen lassen könnten.

Anzeige

► SPEISEPLAN MENSA DER RUB

vom 14. Juni bis 20. Juni 2006



	MITTWOCH	DONNERSTAG	FREITAG	MONTAG	DIENSTAG
SPRINTER Preis: 2,-/3,-	► Bigos, Baguette ► Gnocchi Mediterran, Salat	► Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem	► Moussaka mit Rindfleisch, Salat ► gebratene Champignons, Baguette, Tsatsiki Dip, Salat	► (V) Asiatische Reispfanne, Salat ► Gemüselasagne, Käse-Kräuter-Sauce, Salat	► Kartoffel-Gemüse-Gratin, Salat ► Grillpfanne mit Penne Nudeln, Salat
KOMPONENTEN-ESSEN Preis: 1,20-1,60€/2,20-2,60 €	► Putenschnitzel paniert, Geflügelrahmsauce ► Blumenkohlkäsebratling, Schnittlauchsauce	► Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem	► Paniertes Seelachsfilet, Chili - Limesauce ► Zigeunereröstling, Dillsauce	► Hähnchen Nuggets, Tomatensauce ► Broccoli röstling, Sauce Hollandaise	► Paniert. Schweineschnitzel, Rahmsauce ► Vegetarisches Cordonbleu, Pustasauce
AKTION Preis: 2,30 - 5,50 €	► Royal Thai Pfannengemüse mit Hähnchenfleisch ► Salat	► Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem	► Rinderhacksteak ► Schmorzwiebeln ► Sourcreme - Dip ► Grillkartoffel	► Bratwurst mit Curryketchupsauce ► Pommes Frites ► Salat	► Thai Chicken ► Salat
BEILAGEN Preis: 0,40-0,50€/0,50-0,60€	► Blattspinat ► Kohlrabimöhrengemüse ► Tagliatelle ► Vollkorn Reis ► Helgoländer Mix ► Paprika - Zucchini Salat ► Achalmmix	► Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem	► Möhrenscheiben ► Sommergemüse ► Petersilien Kartoffeln ► Vollkorn-Spiralen ► Bremer Mix ► Bohnensalat in Joghurt ► Rahmgurkensalat	► Rheinland Salat ► Gurkensalat klar ► Bunter Rohkostsalat ► Sommergemüse ► Erbsen in Rahm ► Spaghettini ► Vollkorn-Spiralen	► Mensa Mix ► Rote Beete in Joghurt ► Rodeo Mix ► Rahmblumenkohl ► Kaisergemüse ► Petersilien Kartoffeln ► Vollkorn Spaghetti
BISTRO Preis: 2,30 - 3,50€/3,30 - 4,50€	► Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem	► Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem	► bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem	► bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem	► bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem

Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem. Hier erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank

AKADEMISCHES FÖRDERUNGSWERK

► WWW.AKAFOE.DE